



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Martina Fehlner, Arif Taşdelen, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Kommunalmilliarde ist Heimatmilliarde!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Das vom Bund aufgelegte investive Sondervermögen in Höhe von 500 Mrd. Euro (davon 100 Mrd. Euro für die Länder) eröffnet die große Möglichkeit, insbesondere die investiven Bedarfe in den bayerischen Städten und Gemeinden zu finanzieren.
- Die Kommunen sollen deshalb durch eine jährliche investive Kommunalmilliarde gestärkt werden, damit diese ihre wichtigen Aufgaben in der Daseinsvorsorge noch besser erfüllen und den enormen Investitionsrückstand abbauen können.
- Die bayerischen Kommunen tätigen den größten Anteil der öffentlichen Investitionen im Freistaat. Sie sind die direkten Partner der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und Garanten der Daseinsvorsorge. Kommunalinvestitionen sind Heimatinvestitionen, die die Wirtschaft und das Handwerk vor Ort stärken.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert,

- aus den Mitteln des investiven Sondervermögens des Bundes jährlich eine investive Kommunalmilliarde für die bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise vorzusehen,
- die Kriterien für die Vergabe der Kommunalmilliarde in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden zu entwickeln und beim Spitzengespräch zwischen Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden zum kommunalen Finanzausgleich im Herbst 2025 zu finalisieren,
- in ihrem Entwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027 die jährliche Kommunalmilliarde für beide Haushaltsjahre auszuweisen und den Entwurf des neuen Staatshaushalts 2026/2027 zügig dem Landtag vorzulegen.

Begründung:

Heimatmilliarde konkret

Was „Kommunalmilliarde ist Heimatmilliarde“ konkret bedeutet, verdeutlichen nachfolgende Zahlen. Würde die Kommunalmilliarde pro Kopf verteilt, fließen folgende Mittel in die sieben bayerischen Regierungsbezirke:

- Schwaben im Jahr 146 Mio. Euro (876 Mio. Euro pro Kommunalperiode)
- Unterfranken im Jahr 100 Mio. Euro (600 Mio. Euro pro Kommunalperiode)

- Mittelfranken im Jahr 136 Mio. Euro (816 Mio. Euro pro Kommunalperiode)
- Oberfranken im Jahr 80 Mio. Euro (480 Mio. Euro pro Kommunalperiode)
- Oberpfalz im Jahr 85 Mio. Euro (510 Mio. Euro pro Kommunalperiode)
- Niederbayern im Jahr 95 Mio. Euro (570 Mio. Euro pro Kommunalperiode)
- Oberbayern im Jahr 360 Mio. Euro (2.160 Mio. Euro pro Kommunalperiode)

Kommunen als Investitionsmotor

Laut Bauindustrie betrugen die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahr 2023 insgesamt 62 Mrd. Euro, davon leisteten die Gemeinden 37 Mrd. Euro – das sind 60 Prozent aller öffentlichen Bauinvestitionen. Bayern weist mit 23,1 Prozent die höchste kommunale Investitionsquote in Deutschland auf. Die Kommunen sind damit nicht nur die direkten Partner der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, sondern auch der wichtigste öffentliche Investor. Kommunale Investitionen stärken die Wirtschaft und das Handwerk vor Ort unmittelbar. Kommunalinvestitionen sind Heimatinvestitionen.

Enormer kommunaler Investitionsrückstand

Der kommunale Investitionsbedarf ist riesig. Das KfW-Kommunalpanel (KfW = Kreditanstalt für Wiederaufbau) 2024 zeigt deutlich: Der kommunale Investitionsrückstand in Deutschland ist auf 186 Mrd. Euro gewachsen. Bayern dürfte in einer Größenordnung von 20 bis 30 Mrd. Euro vom kommunalen Investitionsrückstand betroffen sein. Den größten Investitionsrückstand sehen die Kommunen bei Schulgebäuden. Fast ein Drittel (31 Prozent) des gesamten Investitionsrückstands entfällt auf diesen Bereich: gut 67,8 Mrd. Euro bundesweit. Mehr als jede zweite Kommune (56 Prozent) berichtet über nennenswerte oder gravierende Mängel an Schulgebäuden. Weitere dringende Investitionsbedarfe bestehen in Straßen rund 53,4 Mrd. Euro in Verwaltungsgebäude 19,5 Mrd. Euro in Sporthallen und Schwimmbäder rund 15,6 Mrd. Euro.

Verschuldung bayerischer Kommunen

„Städte und Gemeinden in Bayern machen mehr Schulden als die Kommunen anderer Bundesländer“ (BR24 Infoblock am 01.07.2025 um 12.15 Uhr). Das hat die KfW ausgerechnet. Gleichzeitig fehle das Geld für dringende Investitionen. Nach aktuellen Berechnungen der KfW stiegen die Ausgaben von Städten, Kreisen und Gemeinden im Freistaat um 9,2 Prozent, die Einnahmen dagegen nur um 5 Prozent.

Fazit

Eine angemessene Beteiligung der Kommunen am investiven Sondervermögen ist sowohl finanzpolitisch als auch struktur- und wirtschaftspolitisch geboten.